

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 26.02.2025

Sitzungsbeginn: 16:07 Uhr
Sitzungsende: 21:05 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 D.-R.

Leitung der Sitzung: Herr Rumpf Vorsitzender des Stadtrates
Frau Koschig 1. Stellvertreterin
Herr Bernstein 2. Stellvertreter

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Sitzung um 16:07 Uhr, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 44 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck beantragt die Verschiebung der Tagesordnungspunkte 9, 10 sowie 11 vor den Tagesordnungspunkt 6.

Herr Adamek, Fraktion CDU, beantragt die Zurückstellung bzw. Vertagung der Fraktionsvorlage FV/016/2024/CDU (TOP 7.15) auf die nächste Sitzung des Stadtrates.

Herr Picek, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erscheint zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 45 stimmberechtigte Mitglieder.

Den Anträgen wird mehrheitlich zugestimmt (42:00:03).

Der Stadtratsvorsitzende stellt die geänderte Fassung der Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 43:00:02

3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.12.2024

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck beantragt, dass sein Redebeitrag in der Niederschrift vom 11.12.2024 im Tagesordnungspunkt 2 – Beschlussfassung der Tagesordnung, Absatz 2 als Wortprotokoll wie folgt aufgenommen wird:

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt:

„Zu Punkt 7.1 und 8.1 habe ich auch mit Unterstützung von Herrn Dr. Baufeld die Rechtsauffassung der Verwaltung kundgetan. Wir sehen die Voraussetzung für eine ordnungsgemäße Einladung als gegeben an. In Hinblick auf die Punkte 8.2., 8.3. und 8.4, die Grundstücksangelegenheiten, habe ich auch schon in den Fachausschüssen ausgeführt dazu. Auch hier ist unsere Rechtsauffassung die, dass diese Tagesordnungspunkte und Verhandlungsgegenstände nichtöffentlich zu verhandeln sind, da zu allen Beschlussvorlagen Gründe vorliegen, die eine nichtöffentliche Behandlung rechtfertigen. Grundsätzlich ist es ja auch so, dass nicht ohne Grund in der Kommunalverfassung und in der Hauptsatzung die Grundstücksangelegenheiten als nichtöffentlich deklariert sind. Hier ist bei den Verhandlungsgegenständen unter anderem davon auszugehen, dass Firmeninformationen diskutiert werden, interne Dinge diskutiert werden, dass Informationen, die lediglich für die Vertretung bestimmt sind, von den Vertragspartnern öffentlich diskutiert werden und daher sind aus unserer Sicht sämtliche Voraussetzungen erfüllt, diese Grundstücksangelegenheiten nichtöffentlich zu behandeln. Und meine persönliche Auffassung dazu ist auch: Ich rate Ihnen davon ab, die öffentlich zu behandeln.“

Der Aufnahme der Änderung wird mehrheitlich zugestimmt (44:00:01).

Die geänderte Fassung der Niederschrift wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

Nachdem Tagesordnungspunkt erscheint Herr Focke, Fraktion CDU, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 46 stimmberechtigte Mitglieder.

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende Angelegenheiten im Berichtszeitraum vom 11. Februar bis zum 26. Februar 2025:

- Im Zeitraum vom 11. Dezember 2024 bis zum 07. Februar 2025 fanden 28 Einbürgerungen, von sechs Kindern sowie 22 Erwachsenen aus Syrien, Honduras, Afghanistan, Taiwan, Rumänien, Ukraine, Kenia, Irak, Mali sowie Türkei statt.
- Weiterhin weist er auf die Gedenkveranstaltung sowie das Gedenkkonzert am 07. März 2025 anlässlich des 80. Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dessau-Roßlau hin. Er lädt dazu alle herzlich ein.
Ferner wird an dem Tag auch ein ökumenisches Friedensgebet an der Friedenglocke stattfinden.
- Am 28. Februar wird das Kurt-Weill-Fest unter dem Motto „Farben des Lebens“ eröffnet.
- Am 02. März wird der 26. Karnevalsumzug in Dessau stattfinden.
- Im Bereich der Digitaldienstleistungen wurde die Authentifizierung für Firmen im Serviceportal eröffnet. Weiterhin wurde ein weiterer Onlinedienst eingeführt, die Melderegisterrauskunft.
- Abschließend berichtet er, dass der Architekturpreis der Bauhausstadt ausgelobt wird.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass in der Sitzung des Stadtrates am 12.02.2025 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden. Es wurde lediglich über das Sanierungsgutachten des Städtischen Klinikums informiert.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 47 stimmberechtigte Mitglieder.

5 Einwohnerfragestunde

Der **Einwohner** weist darauf hin, dass die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten des Fragestellers nur zum Zweck der schriftlichen Beantwortung der Anfragen, gemäß Artikel 6 der Datenschutz-Grundverordnung sowie der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse, erhoben werden. Er möchte wissen, wieso der Vorsitzende des Stadtrates sich nicht daran hält.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, sorgt mit der Ausschaltung der Kamera dafür, dass die Identität des Einwohners nicht nach außen getragen wird. Er muss den Bürger mit Namen aufrufen, damit sichergestellt ist, dass der richtige Bürger seine Anfrage stellt.

Der **Einwohner** informiert, dass er sich immer ordentlich vorgestellt hat, bis der Stadtrat die Regelung in der Geschäftsordnung geändert hat. Laut Artikel 5 des Grundgesetzes findet keine Zensur statt. Durch das Ausschalten der Kamera werden die Beiträge des Einwohners zensiert und gelangen damit nicht in die Öffentlichkeit. Dies kann der Bürger nicht gutheißen.

Die Abschaltung der Übertragung dient der Absicherung des Stadtratsvorsitzenden. Der Einwohner wünscht sich die Übertragung seiner Beiträge.

Die erste Anfrage des **Einwohners** thematisiert die vergangene einberufene Sondersitzung des Stadtrates. Er sieht es kritisch, dass mal wieder eine Sitzung wiederholt werden musste, da Fehler in der Durchführung der Sitzung gemacht wurden. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau macht sich nach der Meinung des Bürgers nur noch lächerlich damit und symbolisiert eine große Inkompetenz. Durch diese fehlerhaften Durchführungen der Gremiensitzungen werden Schäden in dieser Stadt angerichtet.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, weist darauf hin, dass Fehler machen menschlich ist und somit auch vorkommt.

Herrn Zillers Anfrage bezieht sich auf das Pluspunkt-Lokal in der Askanischen Straße 49 in Dessau. Er möchte wissen, wie die Finanzierung des Lokals vonstattengeht und welche Rolle die Initiative Mitte Dessau in diesem Zusammenhang spielt.

Laut Berichten haben in diesem Lokal Veranstaltungen der Organisation Young Struggle, welche die Jugendorganisation der MLKP darstellt, stattgefunden. Dies ist eine türkische Partei, welche in dem Land auch verboten ist, da sie als extremistische Organisation angesehen wird. Er möchte erfahren, ob diese Tatsache eine Rolle bei der Nutzungsvergabe spielt bzw. ob die Stadt Dessau-Roßlau in irgendeiner Form involviert ist.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Frau Marx, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 48 stimmberechtigte Mitglieder.

Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, erläutert, dass das Ladenlokal ein Bestandteil des Bundesprogramms „Zukunftsfähige Innenstädte und lebendige Zentren“ ist. Dies ist ein Programm, welches ins Leben gerufen wurde infolge der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie, als es um das Finden von Nachnutzungsinitiativen für leerstehende Ladenlokale ging. Das bedeutet, dass die Nachnutzung von leerstehenden Ladenlokalen in der Dessauer Innenstadt mit Mitteln

des Bundes sowie mit städtischen Mitteln unterstützt wird. In dem vorliegenden Fall gibt es ein Projekt der Hochschule Anhalt, die dieses Lokal für Ausstellungen betreibt. Weiterhin gibt es auch ein Mitvertragsverhältnis mit dem Eigentümer. In diesem Zusammenhang informiert er, dass der Stadtverwaltung keine Informationen über Veranstaltungsanfragen bekannt sind.

Herr Lau, Ortsbürgermeister von Kleinkühnau, berichtet von unbeantworteten Anfragen seitens der Stadtverwaltung aus den Sitzungen des Ortschaftsrates. Er möchte erfahren, wie damit in der Zukunft umgegangen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck wird den Sachverhalt aufklären. Die Anfragen müssen innerhalb von vier Wochen von der Verwaltung beantwortet werden.

Herr Lau informiert, dass es sich bei der Anfrage an das Dezernat für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, um die Versetzung von vier Lampen handelt, um die Nachmarkierung eines Fußgängerüberweges zu gewährleisten.

Die weiteren eingereichten Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Nach dem Tagesordnungspunkt (um 16:26 Uhr) wird die Nichtöffentlichkeit für die Tagesordnungspunkte 9 und 10 hergestellt.

6 Aktuelle Stunde zum Thema "Verwaltungsfehler im Rahmen der Vorbereitung des Bürgerbegehrens bzw. des Bürgerentscheids"

Herr Zoogbaum, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, verlässt die Sitzung während der Pause. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 47 stimmberechtigte Mitglieder.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet den Tagesordnungspunkt um 18:48 Uhr.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft und Mitinitiator des Bürgerbegehrens, thematisiert die von der Bürgerinitiative hervorgebrachten Kritikpunkte, welche im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung des Bürgerentscheides begangen wurden. Folgende Fehler sind aus deren Sicht aufgetreten:

- das fehlende konkrete Thema in der Abstimmungsbenachrichtigung,
- die Stellungnahme, die nicht den gesetzlichen Kriterien einer amtlichen Mitteilung im Amtsblatt entspricht,
- keine konkrete Benennung der Wahllokale in manchen Abstimmungsbenachrichtigungen sowie
- die missverständliche Formulierung des Abstimmungstextes.

Unabhängig von den Tatsachen wird die Initiative das Abstimmungsergebnis anerkennen. Wenn die Akzeptanz der Bevölkerung bei plebiszitären Elementen

erhalten bleiben soll, dann sollten die Hinweise seitens der Verwaltung ernst genommen und in der Zukunft beachtet werden.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, gibt bekannt, dass die Fraktion die mangelnde Transparenz, die mangelnde Offenheit und das fehlende Mitnehmen der Bürger während des Entscheides bemängelt. Er berichtet, dass der Beschluss über die Position des Stadtrates zur Stellungnahme nicht rechtzeitig vor dem Bürgerentscheid gefasst wurde. Somit wurden theoretisch die Fristen nicht eingehalten und diese Formalität kann nicht repariert werden. Er persönlich befürwortet die Bundesgartenschau (BUGA), aber er rechnet nicht mit den geplanten Einnahmen von 30 Millionen Euro. Er betont, dass er mehrfach erläutert hat, dass in sinnvolle Infrastrukturprojekte investiert werden muss, u. a. in den Tierpark. So kann verdeutlicht werden, was mit den Fördermitteln für die BUGA praktiziert werden kann. Bisher gab es seitens der Verwaltung noch keine Konkretisierung bezüglich eingebrachter Ideen, geplanter Vorhaben und den verbundenen Kosten. Die Bürger sollen miterleben, was die BUGA kostet und was mit dem Geld an positiven Vorhaben umgesetzt werden kann.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

7 Beschlussfassungen

7.1 Verteilung der Vorsitze der Ausschüsse **Vorlage: BV/036/2025/I-07**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, verkündet, dass sich die Mitgliederanzahl der Fraktion CDU auf 12 Mitglieder erhöht hat und die Losentscheidung für den Erst- und Zweitzugriff zwischen der Fraktion CDU und der Fraktion AfD entfällt. Nach vorabgeführten Gesprächen wurde festgelegt, dass die beschlossenen Zugriffsrechte (Sitzung des Stadtrates 12.02.2025) verbleiben.

Der Vorsitzende des Stadtrates gibt nachfolgende Zugriffe für die sieben Ausschüsse entsprechend der Hauptsatzung nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren bekannt:

Erstzugriff:	Fraktion CDU Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Stadtgrün
Zweitzugriff:	Fraktion AfD Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung
Drittzugriff:	Fraktion Pro Dessau-Roßlau Ausschuss für Kultur und Sport

Viertzugriff:	Fraktion Freies-Bürger-Forum Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus
Fünftzugriff:	Fraktion CDU Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt
Sechstzugriff:	Fraktion SPD Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales
Siebtzugriff:	Fraktion AfD Rechnungsprüfungsausschuss.

Beschluss:

Der Stadtrat stellt die Verteilung der Vorsitze der beschließenden und beratenden Ausschüsse fest.

Abstimmungsergebnis: 47:00:00

7.2 Feststellung der Sitzverteilung und der Ausschussbesetzung **Vorlage: BV/038/2025/I-07**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt eine redaktionelle Änderung bekannt. Für die Fraktion AfD wird Herr Stadtrat Rother in den Betriebsausschuss Städtisches Klinikum, anstelle von Herrn Stadtrat Dr. Nothdurft, entsandt.

Beschluss:

Der Stadtrat stellt die in der Anlage befindliche Sitzverteilung für die Ausschüsse fest.

Abstimmungsergebnis: 47:00:00

7.3 Vorschlagsliste für ehrenamtliche Richter beim Sozialgericht Dessau-Roßlau/Sozialgerichtsbarkeit **Vorlage: BV/405/2024/I-30**

Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf erläutert, dass es sich in dem vorliegenden Sachverhalt um keine Wahl handelt. Da die Vorschlagsliste nur 3 Vorschläge beinhalten soll, aber 6 Vorschläge vorliegen, muss eine Auswahl stattfinden. Zur Durchführung des Auswahlverfahrens wird ein Stimmzettel ausgeteilt, wo jeder Stadtrat bis zu drei Stimmen abgeben darf.

Vor der Verteilung der Stimmzettel verlässt Frau Dr. Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 46 stimmberechtigte Mitglieder.

Nach der Verteilung der Stimmzettel ruft Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf die Stimmzählkommission auf, um die Stimmen auszählen. Die Mitglieder der Stimmzählkommission sind Frau Koschig, Fraktion Freies-Bürger-Forum, Herr Kellner, Fraktion CDU, Herr Dr. Hofmann, Fraktion CDU, Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, sowie Herr Dr. Nothdurft, Fraktion AfD.

Während der Auszählung wird die Sitzung fortgeführt.

Nach dem Tagesordnungspunkt 7.10 gibt der Stadtratsvorsitzende folgendes Ergebnis bekannt:

Herr Groneberg, Frau Zaizek sowie Frau Bahn-Kunze haben die meisten Stimmen erhalten. Sie werden damit auf die Vorschlagsliste gesetzt.

Abschließend stellt der Vorsitzende des Stadtrates die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Personalausschuss die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Sozialgericht Dessau-Roßlau für die ab dem 01. August 2025 beginnende Amtsperiode.

Abstimmungsergebnis: 38:04:05

7.4 Abberufung und Berufung sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Kultur und Sport **Vorlage: BV/011/2025/I-07**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beruft Ferenc Lehe als sachkundigen Einwohner für den Ausschuss für Kultur und Sport ab.
2. Der Stadtrat beruft als sachkundigen Einwohner für den Ausschuss für Kultur und Sport: Susanne Möbius.

Abstimmungsergebnis: 46:00:00

7.5 Abberufung und Entsendung von Stadträten in den Aufsichtsrat der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft (DWG)
Vorlage: BV/048/2025/I-07

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt

1. Abberufung von Frau Carola Marx aus dem Aufsichtsrat der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH.
2. Berufung von Herrn Uwe Ebeling in den Aufsichtsrat der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH.

Abstimmungsergebnis: 41:02:03

7.6 Abberufung und Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Dessau (DVV)
Vorlage: BV/049/2025/I-07

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt folgende Änderung bekannt:
Für den Aufsichtsrat der Stadtwerke Dessau (DVV) wird nicht Herr Andreas Mrosek, sondern Herr Michael Frisch entsandt.

Nach der Bekanntgabe wird die Beschlussvorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Abberufung von Herrn Christian Zoogbaum aus dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Dessau (DVV)
2. Entsendung von Herrn Michael Frisch in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Dessau (DVV)

Abstimmungsergebnis: 35:04:07

7.7 Bestimmung und Widerruf von Stellvertretern der Mitglieder für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Dessau **Vorlage: BV/044/2025/I-07**

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche-Vernunft, gibt bekannt, dass im Falle einer heutigen Beschlussfassung er die Rechtsmittel prüfen lässt. Er vertritt die Meinung, dass nach dem Sparkassenverwaltungsgesetz der Verwaltungsrat bisher nicht arbeitsfähig war, da der Rat immer als Einheit zu wählen ist. Er hatte bereits seinen Einspruch publiziert gehabt, als das Thema zum ersten Mal aufkam. Er wird diesen Einspruch konsequent fortsetzen, da seiner Meinung nach der Verwaltungsrat unter den gegebenen Bedingungen nicht arbeitsfähig ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck verliest eine Stellungnahme vom Ostdeutschen Sparkassenverband:

„Sehr geehrte Damen und Herren, eine Abberufung von bereits gewählten bzw. benannten Mitgliedern oder stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates ist nicht zulässig. Der Beschluss des Stadtrates vom 11.12.2024 ist nach unserer Auffassung nicht nichtig, sondern nur anfechtbar. Der Beschluss vom 11.12.2024 müsste deshalb durch den Stadtrat teilweise aufgehoben werden, soweit er das Stärkeverhältnis der Fraktionen nicht richtig abbildet. Das betrifft also die unter 2. und 4. des Beschlusses durchgeführte Besetzung der stellvertretenden Verwaltungsratsmitgliedern. Im gleichen Zuge könnte der Stadtrat eine erneute Besetzung der stellvertretenden Verwaltungsratsmitglieder auf Basis des zutreffenden Stärkeverhältnisses beschließen.“

Der Vorsitzende des Stadtrates stellt die vorliegende Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Für die Gruppe der Stellvertreter der Stadträte für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Dessau wird auf Vorschlag der berechtigten Fraktion nachfolgende Person entsandt (zu besetzen ist eine Position):
 - Herr Eiko Adamek
2. Für die Gruppe der Stellvertreter der sachkundigen Einwohner für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Dessau wird auf Vorschlag der berechtigten Fraktion nachfolgende Person entsandt (zu besetzen ist eine Position):
 - Herr Günther Luft
3. Für die Gruppe der Stellvertreter der Stadträte für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Dessau wird die Entsendung von Herrn René Diederling widerrufen.

4. Für die Gruppe der Stellvertreter der sachkundigen Einwohner für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Dessau wird die Entsendung von Herrn Jörn von der Heydt widerrufen.

Abstimmungsergebnis: 32:09:05

7.8 Berufung der Stadtbezirksbeiräte **Vorlage: BV/403/2024/I-OR**

Beschluss:

Der Stadtrat beruft folgende Mitglieder in die Stadtbezirksbeiräte:

- Alten/West/Zoberberg

Lutz Dürrschmidt	(AfD)
Ralf Schöne	(Pro Dessau)
- Süd/Haideburg/Törten

Ralf Erbe	(AfD)
-----------	-------

Abstimmungsergebnis: 34:05:07

7.9 Entscheidung des Stadtrates nach dem Bürgerentscheid gegen die geplanten Finanzierung der BUGA 2035 **Vorlage: BV/442/2024/I-OB**

Nach einer kurzen Aussprache stellt der Stadtratsvorsitzende die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Soll der Stadtratsbeschluss „Ausrichtung der Bundesgartenschau 2035 – Durchführungsbeschluss“ (BV 100/2024/III vom 19.06.2024) aufgehoben werden?

Abstimmungsergebnis: 12:29:05

**7.10 Grundstücksangelegenheit – Georgenallee 3 (ehemaliges
Bahnbetriebswerk) / Nichtausübung gesetzlicher Vorkaufsrechte
Vorlage: BV/025/2025/I-61**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck führt zu der Thematik aus. Weiterhin geht er auf den eingebrachten Änderungsantrag der Verwaltung, welcher der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, ein.

Frau Dr. Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, betritt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 47 stimmberechtigte Mitglieder.

Herr Adamek, Fraktion CDU, möchte erfahren, wann die Prüfung abgeschlossen ist. Abschließend beantragt er im Namen der Fraktion gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse eine namentliche Abstimmung.

Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, erläutert, dass laut einer Aussage des Landesverwaltungsamt der Antrag kurzfristig gestellt und in einem kürzeren Verfahren durchgeführt werden kann. Somit sollte die Verwaltung am Ende des zweiten Quartals eine Aussage, wozu die zuständige Behörde verpflichtet ist, erhalten. Das Verfahren verläuft ähnlich wie bei einem Bauleitplanverfahren. Es müssen die Behörden, die Träger der öffentlichen Belange sowie die Verkehrsunternehmer befragt werden, ob ein Interesse an dem Verkehrsbedürfnis der Anlage besteht. Wenn das Beteiligungsverfahren abgeschlossen ist, wird die zuständige Behörde eine Abwägungsentscheidung treffen. Vorab wird das Ganze im Bundesanzeiger bekanntgemacht.

Nach einer ausgiebigen Aussprache bringt **Herr Fricke, Fraktion SPD**, einen weiteren Änderungsvorschlag, welcher der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist, ein.

Nach einer weiteren Diskussion stellt **Herr Stittrich, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse einen Antrag auf eine 15-minütige Unterbrechung der Sitzung. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Die Sitzung wird von 19:55 Uhr bis 20:12 Uhr unterbrochen.

Nach der Pause gibt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** bekannt, dass der Einreicher den Änderungsantrag der Fraktion SPD übernimmt. Aufgrund der geänderten Sachlage zieht Herr Stadtrat Adamek den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung zurück.

Der Stadtratsvorsitzende stellt die geänderte Fassung zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Stadtrat nimmt nach Vorberatung im Haupt- und Personalausschuss und im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung die Ausführungen der Verwaltung in der **Anlage 1** zur Kenntnis und stimmt der Nichtausübung des Vorkaufsrechtes nach § 11 Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der zuständigen Behörde unverzüglich, spätestens jedoch bis zum 31.03.2025 den Antrag zu stellen, die Freistellung des aus Anlage 1 ersichtlichen Grundstücks von den Bahnbetriebszwecken festzustellen.
3. Im Falle der bestandskräftigen/rechtskräftigen Freistellung des Grundstücks von den Bahnbetriebszwecken erwirbt die Stadt das Eigentum am Grundstück. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung bereits jetzt beauftragt, unverzüglich nach Eintritt der Bestandskraft des Freistellungsbescheides oder nach Eintritt der Rechtskraft eines die Freistellung aussprechenden Gerichtsurteils, spätestens jedoch einen Monat nach Eintritt der Bestandskraft oder Rechtskraft, das notarielle Kaufangebot des Grundstückserwerbers, das dieser zur Urkundenrolle Nummer 180/2025 des Notars Hans Joachim Kramer in Gräfenhainichen am 25.02.2025 gegenüber der Stadt abgegeben hat, anzunehmen.

Die für den Grundstückserwerb notwendigen Finanzmittel sind im Haushalt einzustellen.

Abstimmungsergebnis: 46:00:01

- 7.11 Zuschuss an die DESWA GmbH zur Verbesserung der
Energieeffizienz der Kläranlage Dessau-Roßlau durch die Erneuerung
der Klärschlammmentwässerungsanlage
Vorlage: BV/398/2024/III-66**

Beschluss:

Ein Zuschuss von bis zu 1.500.000 € an die DESWA GmbH zur Verbesserung der Energieeffizienz der Kläranlage Dessau-Roßlau durch die Erneuerung der Klärschlammmentwässerungsanlage wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 47:00:00

7.12 Förderantrag für Klimaanpassungsmaßnahmen im Georgengarten **Vorlage: BV/412/2024/III-67**

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt der Antragstellung auf Förderung für Klimaanpassungsmaßnahmen im Georgengarten mit einem Mitteleinsatz in Höhe von ca. 3,800.000 EUR, finanziert aus 380.000 EUR Eigenmitteln und 3.420.000 EUR Fördermitteln in den Jahren 2026 bis 2030 zu.
2. Die dafür benötigten Finanzierungsmittel werden in die Haushaltsplanung 2026 bis 2030 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: 47:00:00

7.13 Förderantrag für Schattenmodule auf Spielplätzen als Maßnahme der Hitzevorsorge **Vorlage: BV/416/2024/III-67**

Beschluss:

3. Der Stadtrat stimmt der Antragstellung auf Förderung für Klimaanpassungsmaßnahmen auf Spielplätzen im Stadtgebiet Dessau-Roßlau mit einem Mitteleinsatz in Höhe von ca. 770.000 EUR, finanziert aus 77.000 EUR Eigenmitteln und 693.000 EUR Fördermitteln in den Jahren 2026 bis 2030 zu.
4. Die dafür benötigten Finanzierungsmittel werden in die Haushaltsplanung 2026 bis 2030 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: 47:00:00

7.14 Positionspapier zur Anhebung der Mindestschülerzahlen und deren Auswirkungen **Vorlage: BV/400/2024/JUHI/UAJP**

Herr George, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, führt kurz in die Thematik ein und appelliert, ein Signal für wohnortnahe Schulen zu setzen.

Herr Fricke, Fraktion SPD, beantragt eine redaktionelle Änderung der Anlage der Beschlussvorlage. Er möchte, dass das Positionspapier im Namen des Jugendhilfeausschusses sowie des Stadtrates unterschrieben wird.

Herr Stadtrat George fragt an, ob der Oberbürgermeister das Positionspapier auch unterschreiben wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass das Positionspapier seinerseits unterschrieben wird. Ferner berichtet er, dass er bereits ein Schreiben an das Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Gymnasien versandt hat.

Die Änderung wird von der Verwaltung übernommen. Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt die Beschlussvorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss und der Stadtrat beschließen das Positionspapier der Stadt Dessau-Roßlau (Anlage 2) zur Anhebung der Mindestschülerzahlen ab August 2027.

Abstimmungsergebnis: 46:00:01

7.15 Ertüchtigung der brachliegenden Sportfläche des zweiten Platzes des SV Stahlbau Dessau e.V. für sportliche Zwecke Vorlage: FV/016/2024/CDU

Die Fraktionsvorlage wurde vom Einreicher zurückgestellt.

7.16 Antrag zur naturnahen Waldbewirtschaftung Vorlage: FV/019/2024/GRÜNE

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis90/ Die Grünen, führt in die Fraktionsvorlage ein. Danach wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, alle kommunalen Wälder langfristig auf eine naturnahe Waldbewirtschaftung umzustellen. Im Rahmen der Überarbeitung des Forsteinrichtungsplans 2025 sind dabei folgende Grundsätze verbindlich zu berücksichtigen:

1. Der Anteil nicht bewirtschafteter zusammenhängender Wälder (Naturwaldflächen) wird auf mindestens 10% der Waldfläche erhöht.

2. Der Totholzanteil in den Wäldern ist signifikant zu erhöhen.
3. Der Laubholzanteil ist signifikant zu erhöhen.
4. Die Naturverjüngung ist zu bevorzugen.
5. Auf den Einsatz von Harvestern ist bei der Holzernte zu verzichten.
6. Der Bodenschutz ist zu verbessern.

Abstimmungsergebnis: 29:12:06

7.17 Umsetzung des Tierparkkonzeptes 2030 **Vorlage: FV/021/2024/F-B-F**

Nach einer Diskussion zieht der Einreicher, aufgrund der veränderten Sachlage, die Vorlage zurück.

Herr Paul, Fraktion AfD, verlässt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 46 stimmberechtigte Mitglieder.

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

8.1 Information zur Kreditaufnahme für Investitionen in Höhe von 20 Mio. EUR **Vorlage: IV/002/2025/II-20**

Die Informationsvorlage wurde von den Mitgliedern des Stadtrates zur Kenntnis genommen.

8.2 Tätigkeitsbericht der Kommunalen Behindertenbeauftragten für den Zeitraum von 09/2023 - 11/2024 **Vorlage: IV/054/2024/IV**

Die Informationsvorlage wurde von den Mitgliedern des Stadtrates zur Kenntnis genommen.

8.3 Sonstige Anfragen und Informationen

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, informiert über den neu eingestellten Veranstaltungskalender auf der städtischen Seite. Es besteht jetzt die Möglichkeit, über ein

Anmelde/Eingabeformular aktiv Termine zu melden. Damit wurde eine einheitliche Plattform zur Information geschaffen. Er bittet um Publizierung für eine hohe Reichweite.

Des Weiteren thematisiert er eine Anfrage bezüglich digitaler Abstimmungen im Stadtrat. Eine Prüfung hat ergeben, dass dies technisch über MANDATOS grundsätzlich möglich ist. Hierfür ist jedoch ein Migrations-Update nötig, an dem der Hersteller derzeit arbeitet. Ein Fertigstellungstermin wurde nicht genannt, Herr Ulbrich sichert jedoch zu, an dem Thema dranzubleiben. Vor Einführung ist jedoch ein Gespräch notwendig, um die Konsequenzen aufzuzeigen, wie beispielsweise, dass eine Abstimmung nur mit Tablet möglich sein wird.

Anschließend richtet er das Wort an Herrn Stadtrat H. Weber zu dessen Anregungen und Vorschlägen im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung zum Haushalt. Diese wurden zum Teil auch umgesetzt, wie beispielsweise die Abschtichung des Investitions- und Stellenplans. Auch mit der Konsolidierungsmaßnahme Einbinden eines externen Dienstleisters sollen weitere Schritte gegangen werden. Zum Vorschlag der Einsparung von 6 Mio. Euro erklärt er, dass diese nicht im Haushalt enthalten ist. Das Bauvorhaben Campus wurde zurückgestellt und die Ansätze zur Zerbster Brücke wurden abgeschichtet. Abschließend beurteilen lässt sich noch nicht die Rechtskraft des ein Vierteljahrhundert alten angeführten Gutachtens und ob daraus ein Mehrwert gezogen werden kann, da immense Kosten damit verbunden sind, gerade im Hinblick auf die Waldbewirtschaftung.

Herr Laurens Nothdurft, Fraktion AfD, berichtet von einer Anfrage aus Roßlau, die Parkfläche zwischen der Dessauer Straße und der Luchstraße betreffend. Diese wird zum Parken von vielen Pendlern und Bürgern aus Roßlau genutzt. In der derzeitigen Schlechtwetterperiode ist diese Fläche eine schlammige Buckelpiste. Im Vorfeld des Heimat- und Schifferfestes wird der Bereich glattgezogen. Es sollte jedoch geprüft werden, ob auch jetzt unterjährig schon eine Ausbesserung erfolgen kann.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, erklärt, dass die Anfrage auf schnellstmögliche Ausbesserung für das Tiefbauamt mitgenommen wird.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, thematisiert die Ausrüstung des Stadthjägers. Soweit ihm bekannt, besitzt dieser ein Gewehr, ein Nachtsichtgerät, ein Dienstauto und Munition. Richtigerweise ist dieser im Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung angesiedelt. Er bittet um Auskunft darüber, wer dessen direkter Vorgesetzter ist und wie das erlegte Fleisch vermarktet wird. Des Weiteren möchte er wissen, wie das Wild abgerechnet wird, wie erfolgreich der Stadthjäger ist, wie die Jagdgebiete vergeben werden und ob es Angestellte des öffentlichen Dienstes mit entsprechenden Jagdgebieten sind.

Herr Stadtrat Mrosek stellt seine zweite Frage zur inneren Sicherheit bei Festen, wie zum Beispiel den Faschingsumzug, das Wilhelminenfest und das Genussfest in Mosigkau sowie anderen Veranstaltungen in Ortschaften und Vororten. Konkret

möchte er wissen, wie gemeinsam mit der Polizei eine Absicherung erfolgen kann, um in Dessau-Roßlau kein zweites Magdeburg zu erleben.

Abschließend bezieht **Herr Stadtrat Mrosek** sich auf die Anfrage von Herrn Ziller in der Einwohnerfragestunde zu den Hintergründen der Immobilie, die (*von Herrn Schmidt, Amtsleiter für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste*) nicht dargelegt werden konnten. Er bittet um Nachforschung, wer die Leute sind und woher sie finanziert werden, damit der Bürger eine konkrete Antwort erhält.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Kellner, Fraktion CDU, hinterfragt die Sinnhaftigkeit der Fachausschüsse. Er stellt immer mal wieder fest, dass in den Sitzungen des Stadtrates Entscheidungen getroffen werden, die konträr zu den Entscheidungen des Fachausschusses sind. Ein passendes Beispiel dafür ist ein erworbenes Feuerwehrauto, welches der Fachausschuss abgelehnt hat, da eine preiswertere Alternative möglich gewesen wäre.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, thematisiert die Besetzung des Gestaltungsbeirates. Er fordert die Stadtverwaltung auf, die vorläufige Besetzungsliste mit den gemeldeten Namen dem Stadtrat zur Verfügung zu stellen. Er vermutet, dass der Beirat seitens der Verwaltung abgeschafft werden soll, und dies hält er für nicht akzeptabel und nicht sachgemäß.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive-Bürgerliche Vernunft, möchte wissen, wie mit den Betriebskosten der Sportvereine in den Ortschaften innerhalb der haushaltsfreien Zeit umgegangen wird. Er hat am heutigen Tag eine Antwort erhalten, dass es für die Betriebskostenzuschüsse einen Runderlass gibt. Dieser ist ihm nicht bekannt und er bittet darum, dass solche Verfügungen den Stadträten sowie Ortschaftsräten entsprechend zur Verfügung gestellt werden.

Herr Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, bezieht sich auf die Aussage von Herrn Beigeordneten Ulbrich zu der von Stadtrat Weber übermittelten Gesamtliste und erklärt, dass einzig durch Frau Beigeordnete Lohde eine Zuarbeit erfolgte, in der die überprüften Investitionen massiv an die Ist-Zahlen von 2024 angeglichen wurden. Zwischenzeitlich sind die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, wie beispielsweise der DeKiTa, eingegangen. Einer der Vorschläge ist sogar benannt, auch die Frage der Generalsanierung. Es wird noch sehr viel mehr Punkte geben, die dann auch beantwortet werden sollten. Auch zur Personalfrage geht der Vorschlag seiner Fraktion sehr viel weiter. Er informiert über einen Antrag auf ein Personalgutachten des Oberbürgermeisters im Finanzausschuss, gegen den Stadtrat Weber sich ausgesprochen hatte. Er wiederholt seine Ansicht, dass eine hervorragende Verwaltung mit sehr vielen gut ausgebildeten Mitarbeitern besteht und spricht sich gegen die Erstellung eines Gutachtens aus, zumal in jedem Jahr darum gebeten wird, die Verwaltung zu strukturieren, was von der Sache her nicht allzu schwer sein sollte. Ihm ist in diesem Zusammenhang aufgefallen, dass einzig die Beigeordneten

in ihrer Organisationshoheit nicht ohne den Stadtrat über deren Aufgaben entscheiden können. Sie dürfen einzelne Weisungen erteilen oder kurzfristig einzelne Aufgaben verlagern, die Festlegung der Aufgaben erfolgt jedoch vor der Wahl seitens des Stadtrates im Benehmen mit der Verwaltung. Ausgerechnet der Personalbereich, der unmittelbar zum Finanzdezernat oder zum Oberbürgermeisters gehören sollte, wurde nach der Festlegung der Aufgaben der Beigeordneten an Herrn Beigeordneten Horváth weitergereicht, der nun ein derartiges Gutachten erstellen lässt. Vorschläge wurden umgekehrt nicht berücksichtigt oder nicht begründet, warum diese Schritte nicht gegangen werden sollen. Er vertritt die Auffassung, dass erneut 150.000 Euro für ein Gutachten nicht hätten ausgegeben werden sollen. Die Entscheidung ist jedoch bereits gefallen.

Herr Fricke, Fraktion SPD, thematisiert die Ernennung der Ehrenbeamten, spricht der Ortsbürgermeister sowie deren Stellvertreter. Nach einer Recherche ist er zu dem Entschluss gekommen, dass die Voraussetzungen des Bundesbeamtengesetzes für die Ehrenbeamten im Land Sachsen-Anhalt gelten. Der § 60 des Bundesbeamtengesetzes besagt: „Die Beamtinnen und Beamten müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekannt und für deren Einhaltung eintreten.“ Er möchte ganz genau erfahren, wie diese Prüfung beim Ortsbürgermeister in Roßlau sowie beim Stellvertreter in Mosigkau erfolgte bzw. wie die Stadtverwaltung zu den positiven Prüfergebnissen gelangt sind. Der Hintergrund der Anfrage bezieht sich auf die Presseberichterstattungen in der letzten Zeit, bspw. der „Trauermarsch“ in Dresden.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, bringt die Baustelle in der Puschkinallee zur Sprache. Seit mehreren Monaten ist der Verkehr in Richtung Innenstadt eingeschränkt. Aufgrund der Beschilderung müssen die Fahrradfahrer theoretisch auf die Straße ausweichen, was eine Gefahrenquelle darstellt. Er hatte bereits im Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 21.01.2025 diesbezüglich eine Anfrage gestellt gehabt, ob die Möglichkeit zur Aufstellung des Schildes Nummer 138 besteht. Am 18.02.2025 erhielt er die Antwort, dass die Bearbeitung noch etwas Zeit in Anspruch nehmen wird. Er wünscht sich eine Beantwortung der Anfrage noch vor der Beendigung der Baustelle, da es eine sicherheitsrelevante Frage darstellt.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Schönemann, fraktionsloses Stadtratsmitglied, bedankt sich bei Herrn Beigeordneten Ulbrich für die Umsetzung des Veranstaltungskalenders der Stadt Dessau-Roßlau. Weiterhin richtet er seinen Dank gegenüber Frau Bürgermeisterin Lohde, Herrn Stadtrat Adamek sowie Herrn Hirsch, für die ausführliche Berichterstattung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität, aus.

Frau Brösner, Fraktion Freies-Bürger-Forum, berichtet von der neu eingeführten Bezahlkarte für Geflüchtete. Dazu stellt sie folgende Fragen:

1. Werden diese Bezahlkarten an alle Geflüchtete, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, ausgegeben?
2. Gibt es dort Ausnahmen?
3. Bekommen Familien, welche einen unterschiedlichen Aufenthaltsstatus besitzen, auch solch eine Bezahlkarte?
4. In welchen Geschäften kann man mit dieser Karte einkaufen gehen?

Herr Kuras, Leiter des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Bernstein, fraktionsloses Stadtratsmitglied, thematisiert die kaputte Außenbeschattung des Anhaltischen Berufsschulzentrums. Er möchte erfahren, wann eine Lösung gefunden wird.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Stadtrat Fricke wünscht sich eine Auskunft über alle Zahlungen (Spenden, Zuschüsse, Sponsoring etc.), die von städtischen Eigenbetrieben, Tochtergesellschaften sowie GmbHs geleistet werden.

Die dritte Anfrage von **Herrn Stadtrat Fricke** betrifft die Ausschüttung des Jahresüberschusses der DVV in Höhe von 6,5 Mio. Euro. Diese Summe kann nicht für die Privatuni im Haushalt eingespart werden, da sie nicht im Haushalt verankert ist. Der Aufsichtsrat hatte empfohlen, dass diese Summe an den Gesellschafter ausgeschüttet wird und somit im Haushalt erscheint. Dieser Vorschlag wurde übergangen und nun sollen die 6,5 Mio. Euro auf neue Rechnungen vorgetragen werden, das bedeutet, dass sie zur freien Verfügung für die Geschäftsführung stehen. Dieses Vorgehen wurde mit der „Privatuni“ begründet. Er möchte wissen, ob diese Summe für eine Anschubfinanzierung der Privatuni reserviert ist oder wirklich zur freien Verfügung für das Unternehmen steht.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, thematisiert den Standort Dessau-Roßlau als Endlager für radioaktive nukleare Abfälle. Laut der ersten Prüfung des Bundes kommt Dessau-Roßlau für solch eine Lagerung infrage. Er möchte erfahren, ob die Stadtverwaltung bisher in den Prozess miteingebunden war. Sollte dies noch nicht passiert sein, möchte er wissen, welches Amt dafür der geeignete Ansprechpartner ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

11 Beschlussfassungen

Die Tagesordnungspunkte 11.1. sowie 11.2 werden vor dem Tagesordnungspunkt 6 aufgerufen und abgestimmt.

11.1 Unternehmensangelegenheiten - Bestellung des Verwaltungsdirektors des Städtischen Klinikums Vorlage: BV/050/2025/II

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, informiert, dass gestern nach dem Betriebsausschuss des Städtischen Klinikums noch eine Beratung durchgeführt wurde. Dort wurde festgelegt, dass der Beschlusspunkt Nummer 2 nicht zur Abstimmung gestellt wird. Der Einstellungsvertrag wird verwaltungsintern abgeschlossen.

Herr Fricke, Fraktion SPD, möchte erfahren, warum so verfahren wird.

Herr Beigeordneter Ulbrich berichtet, dass dies verwaltungsintern geregelt wird. Weiterhin wird ein befristeter Vertrag abgeschlossen.

Danach stellt der Stadtratsvorsitzender die Beschlussvorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 42:00:06

11.2 Unternehmensangelegenheiten - Bestellung des Geschäftsführers des Medizinischen Versorgungszentrums Vorlage: BV/051/2025/II

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, verliest die Beschlusspunkte und weist darauf hin, dass der Stadtrat nur über den Punkt 2 abstimmt. Er merkt an, dass der erste Beschlusspunkt in der Anlage der Beschlussvorlage vermerkt sein wird.

Danach stellt er die geänderte Fassung zur Abstimmung.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird ab 18:28 Uhr eine 20-mündige Pause durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: 42:00:06

12 Schließung der Sitzung

Der Stadtratsvorsitzende schließt die Sitzung um 21:05 Uhr.

Dessau-Roßlau, 08.04.25

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

J. von Kloeden
Schriftführerin